

GRAMMATIK UND DEUTSCHUNTERRICHT

Jahrbuch 1977
des Instituts für deutsche Sprache

Herausgegeben von
Ulrich Engel und Siegfried Grosse

PÄDAGOGISCHER VERLAG SCHWANN
DÜSSELDORF

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Grammatik und Deutschunterricht

1. Aufl. – Düsseldorf : Pädagogischer Verlag
Schwann, 1978.

(Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache ;
1977) (Sprache der Gegenwart ; Bd. 44)

ISBN 3-590-15644-9

© 1978 Pädagogischer Verlag Schwann Düsseldorf

Alle Rechte vorbehalten · 1. Auflage 1978

Umschlaggestaltung Paul Effert

Herstellung Lengericher Handelsdruckerei Lengerich (Westf.)

ISBN 3-590-15644-9

Bemerkungen zur Rezeption von Sprachbüchern durch die Genehmigungsbehörden

0. Eine Feststellung vorab: Was ich vortrage, bezieht sich auf Sprachbücher für das Fach Deutsch. Ich stütze mich auf die Kenntnis einer größeren Anzahl von Gutachten, die ich im Laufe der letzten anderthalb Jahre einsehen konnte. Die Gutachten beziehen sich auf verschiedene Bücher verschiedener Verlage und stammen aus verschiedenen Bundesländern. Ich hätte gern eine repräsentative Untersuchung gemacht, doch war dies nicht möglich, weil Gutachtentexte nicht allgemein zugänglich sind. Aber ich hoffe, daß, was ich zu sagen habe, trotzdem geeignet ist, auf wesentliche Aspekte der Genehmigungsverfahren aufmerksam zu machen.

1. Sprachbuchkritik ist unter verschiedenen Gesichtspunkten möglich. Als Sprachwissenschaftler beschäftigt uns besonders die fachliche Komponente. Wir übersehen dabei nicht, daß Sprachbücher nicht für uns geschrieben werden, auch nicht für Studenten der Sprachwissenschaft. Wir stellen in Rechnung, daß etwa Grammatik im Sprachbuch eine Funktion im Zusammenhang eines sinnvollen Sprachunterrichts zu erfüllen hat. Wie unsere Diskussion zeigt, besteht freilich darüber, wie Grammatik diese Funktion am besten erfüllen kann und was ein sinnvoller Sprachunterricht ist, selbst in Fachkreisen keine völlige Übereinstimmung. Wir tun deshalb, was möglich ist: Wir führen darüber eine Diskussion. Aber, wenn unsere Diskussion nicht fruchtlos bleiben soll, dürfen wir nicht bei fachlichen Fragen stehenbleiben. Wir müssen die Bedingungen einbeziehen, unter denen Sprachbücher verfaßt werden. Wir müssen mit unserer Kritik dort ansetzen, wenn wir eine ernstzunehmende Diskussion über fachliche Fragen möglich machen wollen.

2. Für wissenschaftliche Diskussionen gilt, daß nichts, was vorgebracht wird, von vornherein privilegiert sein darf. Das hat einen guten Sinn: Nur, wenn wir ohne Anmaßung über kontroverse Fragen diskutieren, kann, was für wahr oder richtig befunden wird, Verbindlichkeit erlangen. Wer an wissenschaftlicher, d.h. an ernsthafter Diskussion interessiert ist, wird sich ungeachtet sonstiger Meinungsverschiedenheiten dagegen verwahren, daß ein Diskussionsbeitrag zurückgewiesen wird von jemand, der glaubt, qua Amt das letzte Wort zu haben. Wir können Sprachbücher als Dis-

kussionsbeiträge verstehen: Sie sind komplexe Argumente für eine bestimmte Funktion der Grammatik im Sprachunterricht. Und sie sind als Diskussionsbeiträge einer Bewertung ausgesetzt, die unserer Diskussion entzogen ist, aber schwerwiegendere Konsequenzen für das Schicksal dieser Bücher hat als Argumente, die wir etwa gegen sie vorbringen könnten.

3. Sprachbücher sind als Schulbücher genehmigungspflichtig durch die Kultusministerien der Bundesländer. Diese Behörden vergeben die Bücher an zwei, auch mehr Gutachter, die de facto über die Zulassung zu befinden haben. Eine Ausnahme bildet hier das Land Nordrhein-Westfalen, das eine eigene Kommission für die Genehmigung von Schulbüchern hat. De jure liegt die letzte Entscheidung in der Regel beim Kultusminister. Eine Aufstellung der Modalitäten der Genehmigungsverfahren findet sich in den "Mitteilungen des Deutschen Germanisten-Verbandes" (März 1976, S. 24 - 27). Die Gutachter bleiben anonym. Sie befinden über die Bücher und treffen dabei Feststellungen und Entscheidungen in vielen Fragen, die für uns alles andere als entschieden sind. Sie brauchen keinen Widerspruch zu fürchten, nicht einmal die Peinlichkeit offener Ignoranz. Sie bleiben, wie gesagt, anonym.

4. Will man das Genehmigungsverfahren nicht insgesamt in Frage stellen, was ein aussichtsloses Unterfangen wäre, dann ist gegen die Bestellung von Gutachtern grundsätzlich nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Auswahl der Gutachter und die Reichweite der Gutachten. Die gesetzliche Grundlage des Verfahrens reicht gerade aus, um es als mögliches zu begründen. Die Durchführung des Verfahrens selbst ist trotz ihrer schulpolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung durch kein Gesetz direkt geregelt. Sie wird von den Ministerien auf dem Weg von Erlassen und Richtlinien bestimmt. In der Regel werden Gutachter gewählt, die sich durch eine Ausbildungstätigkeit an Studienseminaren qualifiziert haben. Eine Wertung der Auswahlkriterien ist nur beschränkt möglich, da die Gutachter anonym bleiben. Immerhin ist dies bereits ein Verstoß gegen gute Sitten: Wer gutachtet, sollte offen zu seiner Wertung stehen. Gutachter sind erforderlich, weil eine verantwortungsvolle Entscheidung ansteht. Verantwortung wird aber nur übernommen, wenn die Entscheidung offen getroffen wird. Eine indirekte Wertung der Auswahlkriterien über eine Analyse der Texte der vorgelegten Gutachten zeigt, daß Bedenken hinsichtlich der Qualifikation der Gutachter durchaus angebracht sind:

- (1) Die Sprache ist klar und auf die Altersstufe abgestimmt. In der Anpassung an die Altersstufe gehen die Verfasser jedoch zu weit, indem sie zu viel norddeutschen Dialekt und vulgäre Ausdrücke aufnehmen (z.B. *Halts Maul, du blöde Kuh*).
- (2) Der Rückschluß auf marxistische Strategien ist zwar nicht eindeutig, solche Ziele liegen aber nahe bei Lernzielen hessischer Rahmenrichtlinien.
- (3) Die Einsicht in den Bau der Sprache ist nur insoweit aufgenommen, als er für die Kommunikation als solche von Bedeutung wird. Damit ist eine große Verengung bewußt angestrebt.
- (4) Für einen Lehrer, der die Grundlage des Buches nicht anerkennt, ist das Buch nur sekundär brauchbar.
- (5) Daß die Verfasser die Katze schon ganz aus dem Sack gelassen haben, ist nicht anzunehmen.

Das muß für einen ersten Eindruck genügen. Man erkennt, daß man auf allerhand gefaßt sein muß. Dazu noch einige Anmerkungen am Rande: Das in (1) angesprochene Buch enthält keine Zeile norddeutschen Dialekt, wenn man nicht die Abwesenheit des Süddeutschen als Norddeutsch auffassen will. Die in (2) und (5) besprochenen Werke werden in allen übrigen Gutachten als verfassungstreu bezeichnet. Die Marxismus-Unterstellung basiert auf einer Auslegung, nach der unser Staat in den Händen von Marxisten sein müßte.

5. Auf den ersten Blick scheint eine Wahl altgedienter Fachlehrer für die Begutachtung von Sprachbüchern nicht unvernünftig. Man muß aber die Wahl der Gutachter im Zusammenhang mit der Reichweite der Gutachten betrachten. Solche Gutachten sind ihrer Bestimmung nach keine Rezensionen, auch wenn sie durch die praktizierte Gutachterwahl vielfach dazu geworden sind. Die Wahl von Fachlehrern ist bereits ein Indiz dafür, daß die Kultusministerien ihre Aufgabe unter Berufung auf die Schulaufsicht sehr weit auszulegen gewillt sind.

Die Gutachten unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland. Im allgemeinen wird jedoch auf folgende Punkte eingegangen:

- (a) Übereinstimmung mit der Verfassung
- (b) Übereinstimmung mit dem Lehrplan
- (c) Orientierung an der Fachwissenschaft
- (d) Orientierung an der Didaktik
- (e) Angemessenheit an Altersstufe und Schulform
- (f) Konzeption
- (g) methodischer Aufbau
- (h) graphische Gestaltung, insbesondere Bebilderung
- (i) Verarbeitung und Handlichkeit
- (j) Preis

Damit ist bereits die Reichweite der Gutachten an sich problematisch. Ich werde darauf aber nicht im einzelnen eingehen und verweise auf die Arbeiten von Dietrich Hardt und Ingo von Münch in den "Mitteilungen des Deutschen Germanisten-Verbandes" (März 1976, S. 3 - 12 und S. 12 - 23). Die Verlage, obwohl neben den Autoren die Hauptbetroffenen, haben sich mit der ministeriellen Schulbuchpolitik abgefunden. Sie haben wirtschaftliche Interessen zu wahren und gehen wohl davon aus, daß die Schulbehörden über die Fachaufsicht in jedem Fall in der Lage wären, ihre Auffassungen durchzusetzen. Dies mag als pragmatische Haltung durchaus vernünftig sein, ist aber, wie wir noch sehen werden, keine unvermeidliche Konsequenz der Rechtslage.

6. Es steht außer Zweifel, daß die Genehmigung eines Sprachbuchs von seiner Treue zur Verfassung abhängig zu machen ist. Eine gewisse Brisanz ergibt sich dadurch, daß es natürlich Auslegungssache ist, was als verfassungskonform zu betrachten ist. Ich gehe auf diesen Punkt, der in unserem Zusammenhang weniger wichtig ist, nicht weiter ein. In den Gutachten, die ich einsehen konnte, spielt dieses Problem nur selten eine Rolle. Etwas scheint mir jedoch erwähnenswert: In der einzigen Frage, die unstrittig Gegenstand einer Begutachtung sein kann, wird die Antwort Personen abverlangt, die hierfür nicht kompetent sind. Die Begutachtung der Verfassungsmäßigkeit eines Sprachbuchs ist kompetent allenfalls von Verfassungsrechtlern vorzunehmen, die Feststellung der Verfassungsmäßigkeit sogar nur vom Bundesverfassungsgericht.

7. Die übrigen Punkte liegen grundsätzlich im Bereich der Kompetenz von Fachlehrern. Aber es ist eine Sache, ihnen Urteilsfähigkeit zu bestätigen, eine andere, Urteile aus ihren Reihen zum Maß dafür zu machen, was als Sprachbuch möglich sein soll. Die Wahl von Fachlehrern als Gutachtern wäre hinzunehmen, wenn sie sich in ihren Gutachten auf allgemeine Feststellungen beschränken würden. In der Praxis gehen die Gutachten jedoch bis in Details, wie folgende Auszüge zeigen.

- (6) ... so heißt es z.B. auf S. 45 in der ersten Zeile von B "Kurbeln" statt "Einstellen der Sender".
- (7) Die Unterrichtseinheit 1.2.4. hat die Überschrift: ...
- (8) Auf Seite 59 werden W A R U M — Fragen gestellt. Eine Frage lautet: "Warum haben manche Leute mehr Geld als andere?" die Antwort: "Weil mancher mehr leistet als andere", wird von den Verfassern sicher nicht erwartet.

Die Kritik der Gutachter trifft Fragen der Materialisierung, des didaktischen Vorgehens, der graphischen Gestaltung, der politischen Tendenz. Sie trifft in gleichem Maß die gesamte Konzeption. Sie trifft aus allen Richtungen:

Der eine lobt ausdrücklich, was der andere tadelt. Dem einen fehlt, was dem anderen bereits zuviel ist.

8. Die Praxis der Begutachtung ist geeignet, jegliche Neuerung zu unterbinden: Irgendein Gutachter, der Bedenken artikuliert, findet sich allemal. Sieht man vom zweiten Punkt — Übereinstimmung mit dem Lehrplan — ab, so kann gesagt werden, daß ein Gutachter in seinem Urteil frei ist in dem Maß, in dem er sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Tendenz der Schulpolitik seines obersten Dienstherrn weiß. Er muß faktisch weder das Machbare in Rechnung stellen, das durch die Urteile auch anderer Gutachter bestimmt wird, noch neue Entwicklungen der Fachwissenschaft berücksichtigen, noch wenigstens in seiner Argumentation konsistent sein. Hinsichtlich der Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Lehrplan ist zu bemerken, daß ihm hier für gewöhnlich keiner nachrechnen wird. Was übereinstimmt und was nicht, ist weitgehend Ansichtssache. Die Lehrpläne sind vage genug formuliert.

9. Man kann feststellen, daß gegenwärtig jedes neue Sprachbuch in Schwierigkeiten geraten kann, auch wenn sich die Verfasser ihrer Meinung nach am Lehrplan orientiert haben. Deprimierend wird die Situation, wenn man versucht, ein neues Konzept zu verwirklichen. Das braucht übrigens so neu gar nicht sein. Manchen Gutachtern macht heute noch zu schaffen, was sich in der Linguistik vor 10 Jahren ereignet hat.

Meine Erfahrungen hierzu hängen mit einer bestimmten Konzeption zusammen, die in Büchern zu realisieren gesucht wurde, an denen ich mitgearbeitet habe. Ich möchte diese Konzeption kurz skizzieren: Wir sind von der Überlegung ausgegangen, daß in einem Sprachbuch Grammatik gerade soweit ihren Platz haben sollte, wie dies zum besseren Verständnis kommunikativer Probleme erforderlich scheint. Die Hauptaufgabe, der alles andere unterzuordnen sein sollte, dürfte doch wohl sein, zur Erweiterung der kommunikativen Kompetenz der Schüler beizutragen. Dies kann, wenn weitgehende Sprachbeherrschung vorauszusetzen ist, in Form von Reflexion bzw. der Ermöglichung von Reflexion auf die Bedingungen sprachlicher Interaktion geleistet werden.

Uns war klar, daß man mit dieser Konzeption Schwierigkeiten bei der Zulassung bekommen mußte: Die meisten Lehrpläne sehen für die betreffende Altersstufe — 5. und 6. Schuljahr — sehr viel grammatischen Stoff im traditionellen Sinn vor. Nach unserer Konzeption ist bei weitem nicht alles, was dort vorgesehen ist, sinnvoll zu integrieren. Die Schüler sind einerseits für so elementare Grammatik zu alt, andererseits für eine

Reflexion auf die grammatische Form ihrer Sprache zu jung. Hinzu kommt, daß manches, was wir als Grammatik verstehen, nicht als Behandlung grammatischer Fragen erkannt wird, weil wir so weit wie möglich auf die Einführung einer grammatischen Terminologie verzichten, wenn umgangssprachliche Mittel ausreichen, um auf die grammatischen Phänomene hinzuweisen und von ihnen zu reden.

Umgangssprachliche Mittel reichen in der Tat sehr weit, wenn wir die grammatische Form unserer Sprache herausarbeiten wollen. Der Verzicht auf eine besondere Terminologie für das Reden über Sprache hat m.E. sogar den Vorteil, daß auf diese Weise unmittelbar an der Redepraxis der Schüler angesetzt wird und deshalb die grammatische Reflexion besser mit ihrer Sprachkompetenz vermittelt ist. Dabei ist der Verzicht auf Terminologie kein Verzicht auf die Vermittlung grammatischen Wissens: Dieses Wissen geht ein in die Konstruktion der Unterrichtseinheiten. Es ist das "Gewußt wie", das uns in die Lage versetzt, auf das Wichtige hinzuweisen. Damit ist alles zu leisten, was als Reflexion auf Sprache durch die Lehrpläne gefordert wird. Aber in einer Situation, in der den meisten Gutachtern nicht klar ist, worin denn der Sinn solcher Reflexion besteht, reicht solches Vorgehen kaum aus. Sie halten sich an den Buchstaben der Lehrpläne und suchen nach Ausdrücken, die ihnen Indiz für die Behandlung von Grammatik sind.

10. Im Wissen um die unvermeidlichen Schwierigkeiten haben wir Konzessionen gemacht und Lehrstoff eingearbeitet, der uns selbst nur beschränkt sinnvoll schien. Heute kann ich nicht mehr mit gutem Gewissen hinter dem stehen, was am Ende in Druck ging. Wenn ich doch dahinter stehe, so deshalb, weil ich überzeugt bin, daß wir an die Grenze des Machbaren gegangen sind. Was machbar ist, wird dabei bestimmt durch die Rezeption bei den Genehmigungsbehörden. In den Gutachten, die mir bekannt sind, wird durchweg das Fehlen sogenannter Betrachtung von Sprache als System beklagt und der Vorwurf erhoben, wir hätten Sprache einseitig nur als Kommunikationssystem aufgefaßt. Die Kritik liest sich so:

- (9) Die soziologische Seite der Kommunikation nimmt m.E. einen zu großen Raum ein.
- (10) Die Orientierung an der Linguistik, besonders der Soziolinguistik ist zu einseitig und nicht berechtigt, da diese Zweige der Sprachwissenschaft selbst an den Universitäten kontrovers sind.
- (11) In dem vorliegenden Sprachbuch ist alles ganz anders. Es scheint nicht von Deutschlehrern geschrieben, sondern von Leuten gemacht, die Soziologie studiert haben und ein bißchen Linguistik.

- (12) Im übrigen begründet der Ausschuß sein ablehnendes Urteil mit der einseitigen Festlegung auf der Basis der Kommunikations- und Zeichentheorie sowie der Vernachlässigung einer systematischen Grammatik.
- (13) Es ist in seiner Konzeption von großer Einseitigkeit, ... es genügt sprachlichen und vor allem auch grammatikalischen Erwartungen nicht, nimmt als Kommunikationslehre einen unberechtigt großen Raum ein, und zwar auf Kosten notwendiger Lese- und Grammatikübungen.
- (14) Die Notwendigkeit, Deutschunterricht heute umfassender zu sehen und ihn gerade im Hinblick auf die sprachliche Kommunikation zu erweitern, darf unseres Erachtens nicht dazu führen, beispielsweise die Grammatik nur noch unsystematisch zu behandeln.

11. Die Kritik zeigt, daß es in etwa gelungen ist, die Konzeption deutlich zu machen, nicht aber, die Befangenheit der Gutachter in ihrem Verständnis von Sprachunterricht zu überwinden. Ich halte diese Befangenheit für verständlich. Schließlich ist es nicht so, daß man über die hier skizzierte Konzeption nicht verschiedener Meinung sein könnte. Bedrückend ist nur, daß keine Möglichkeit besteht, die Meinungsverschiedenheit in einer sachlichen Diskussion auszutragen. Die Gutachtermeinung wird ohne weitere Begründung zur Feststellung darüber, wie Grammatik im Sprachunterricht zu verstehen ist. Der Vorgang scheint formal korrekt: Die Gutachter stützen ihre Bewertung auf eine Überprüfung der Konzeption hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit geltenden Lehrplänen. Doch das ist unter zwei Gesichtspunkten problematisch: Zum einen geht es nicht an, Richtlinien für den Unterricht unmittelbar auf die Unterrichtsmittel anzuwenden. So kann etwa Einseitigkeit oder Unvollständigkeit bezüglich des Lehrplans nicht Gegenstand der Genehmigung sein. Schließlich besteht die Möglichkeit, mehrere Bücher zu verwenden, auch wenn dies aus finanziellen Erwägungen abgelehnt wird. Zum anderen sind die Lehrpläne für gewöhnlich nicht so formuliert, daß eindeutig festzustellen wäre, wann sie erfüllt sind und wann nicht. Das ist keine Schwäche des Lehrplans, sondern bewußt so angelegt: Der Lehrplan soll gerade weitgehend offen sein, um Fortschritt in der Fachwissenschaft und der Didaktik berücksichtigen zu können. Jedes Sprachbuchteam versucht, da es weiß, daß dies ein Kriterium für die Zulassung sein wird, sich an den Lehrplänen zu orientieren. Da die Verfasser von Sprachbüchern kaum von vornherein als dümmer einzustufen sind als die Gutachter, kann man davon ausgehen, daß sie ebensogut wie diese beurteilen können, ob sie die Lehrpläne ausreichend berücksichtigt haben. Hier steht Meinung gegen Meinung. Recht behalten die Gutachter, und damit eine restriktive, konservative Interpretation der Lehrpläne.

12. Noch etwas ist anzumerken: Die Lehrpläne sind selbst irgendwann aus einer fachlichen Diskussion hervorgegangen. Es ist verständlich, daß sie im Interesse einer gewissen Kontinuität des Unterrichts einer permanenten Diskussion entzogen werden. Aber eine gewisse Öffnung der Lehrpläne ist nötig und im Grund bereits vorgesehen: Man kann die Vagheit dieser Pläne nutzen, indem man sie liberal interpretiert und so die Chance einer gewissen Neuorientierung erhält. Durch eine restriktive Auslegung der Lehrpläne wird dagegen versucht, einen Ist-Zustand ein für alle Mal festzuhalten. Damit wird faktisch die Genese dieses Zustands, der selbst auf andere folgt, außer Betracht gestellt. Die restriktive Auslegung von Lehrplänen, die m.W. Hauptursache einer Reihe mir bekannter Nicht-Zulassungen war, verkennt den eigentlichen Charakter dieser Pläne: Sie sind Orientierungshilfen, die das Beste wollen und deshalb bessere Neukonzeptionen ablösbar sind. Werden Lehrpläne zur Abwehr von Neuerungen eingesetzt, ohne daß ihre Überlegenheit begründet wird, dann wird strenggenommen die Aufsichtspflicht verletzt, weil eine Chance zur Verbesserung des Unterrichts bewußt ausgelassen wird.